



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 170. Ratssitzung vom 11. Dezember 2025

5539. 2025/391

Weisung vom 10.09.2025:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2026 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2026; Globalbudgetverordnung (GBVO), Teilrevision

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 169, Beschluss-Nr. 5539/2025).

Beschlüsse:

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Antrag 080.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Moritz Bögli (AL): In diesem Antrag geht es um die Provenienzforschung des Nordamerika Native Museums (NONAM). Aus historischen Gründen ist dieses beim Schul- und Sportdepartement (SSD) angesiedelt. Die Sammlung soll auf ihre Provenienz erforscht werden. Der Bund versprach Gelder, doch aufgrund von Sparmassnahmen fehlt nun ein Teil dieses Betrags. Für uns ist klar, dass die Provenienzforschung durchgeführt werden muss, auch wenn der Bund nicht mehr zahlt. Zu wissen, woher diese Gegenstände stammen, ist wichtig – da viele kolonialen Hintergrund haben. Der fehlende Beitrag soll ausgeglichen werden, damit das Projekt durchgeführt werden kann.

Johann Widmer (SVP): Die Stadt betreibt bereits sehr viel Provenienzforschung, auch am NONAM. Die Linken wollen Leute aus ihren Kreisen beschäftigen, daher müssen mehr Stellen geschaffen werden. Tun wir es dem Bund gleich und sparen wir das Geld.

Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Der Bund hat seinen Bundesbeitrag eingespart, weil die Frist abgelaufen ist. Der Bund macht nicht «per se» keine Provenienzforschung.



Leah Heuri (SP): Zuvor waren wir in der technischen Enthaltung. Da wir Provenienzforschung unterstützen, wechseln wir in die Zustimmung.

Yves Henz (Grüne): Selbstverständlich unterstützen die Grünen die zusätzlichen Ressourcen für die Provenienzforschung. Diese ist zentral, um den kolonialen Verstrickungen der Schweiz und von Zürich und entsprechender Schuld der Objekte nachzugehen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Provenienzforschung ist ein wichtiges Thema und wird im NONAM bereits angegangen. Das Museum hat einen klaren Auftrag. Mit befristeten Stellenwerten werden wir das Anliegen im Budget 2027 beantragen und im Frühling 2027 vorantreiben. Momentan sind wir gut bedient, daher ist diese Stelle nicht nötig.

S. 392	50 5000 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
080.	Antrag Stadtrat				7 913 100 Mehrheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
				95 000	8 008 100 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
			Begründung: Zusätzliche Ressourcen für Provenienzforschung NONAM			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 73 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 081.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL): Wir beantragen ein Stellenäquivalent für die Fachstelle Gewaltprävention beim Departementssekretariat des Schul- und Sportdepartements (SSD). Die



Fachstelle leistet bereits gute Arbeit in der Prävention und Intervention. Sie kann hinzugezogen werden, wenn es in Klassen und Teams zu herausfordernden Situationen kommt und es zu deeskalieren gilt. Es besteht Bedarf bei der Postintervention: also Unterstützung nach einer Eskalation und wenn es eine Nachbesprechung und Aufarbeitung braucht. Mitarbeitende im Schulalltag können das nicht gleich gut übernehmen, da sie selbst oft emotional betroffen sind und die Aufarbeitung selbst bewältigen müssen. Anlässe zur Aufarbeitung sind keine Bagatellen, sondern schwerwiegende Gewaltereignisse in Familien, nach denen die Kinder in der Schule aufgefangen werden müssen.

Johann Widmer (SVP): *Gewaltprävention wird bereits in besagter Fachstelle gemacht. Ihr seid wahnsinnig gut im Erfinden neuer Dinge, die man dringend benötigt. Nun heisst das Zauberwort Postintervention. Zuerst müssen wir auf den Strassen Ruhe und Ordnung schaffen, dann machen es die Jungen schon nach. Früher haben sich Fritzli und Hansli auf dem Pausenplatz geprügelt und die Lehrer konnten dem Einhalt bieten. Was heute an den Schulen abgeht, wundert mich, aber ich kann mir die Auslöser vorstellen.*

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): *Vom Mehrheitssprecher fühle ich mich nicht repräsentiert. Der Stadtrat ist sich des Problems bewusst. Wir vertrauen darauf, dass er die Situation richtig einschätzt und es keine zusätzlichen Ressourcen braucht.*

Leah Heuri (SP): *Wir wechseln von der technischen Enthaltung in die Zustimmung. Postintervention ist nicht nur eine Frage der Schulen. Gewalt, Grenzverletzungen und Krisensituationen tauchen genauso in Horten, Tagesstrukturen und Freizeitorganisationen auf. Genau dort sehen wir momentan Lücken. Im schulischen Bereich sind die Rollen sinnvoll geregelt. Die Schulsozialarbeit übernimmt nach akuten Phasen eine langfristige Weiterbearbeitung. Sie ist nah an den Kindern und im System verankert. Doch der Aufgabenbereich der Fachstelle geht weit über die Schulen hinaus. Sie ist ausdrücklich die Ansprechstelle für Jugend- und Freizeitorganisationen, kann dort intervenieren und langfristig die Postintervention leiten. Daher unterstützen wir den Antrag.*

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): *Den Antrag finden wir sinnvoll. Es ist extrem wichtig, dass Menschen, die Gewalt erfahren haben – gerade Kinder und Jugendliche – eine Begleitung über den Anlass hinaus erleben. Die Unterstützung durch Fachpersonen und der Miteinbezug des gesamten Netzes des Kindes sollen längerfristig gewährleistet sein. Es braucht mehr finanzielle Ressourcen, um das professionell durchführen zu können. Gewalt ist keine Bagatelle. Es geht hier nicht um Pausenhofschlägereien, sondern um Kinder, die zu Hause Gewalt oder in der Schule Mobbing ausgesetzt sind.*

Stefan Urech (SVP): *Von Postintervention kann man halten, was man will. Es müsste Ihnen zu denken geben, dass solche Fälle schon so stark zu städtischen Schulen gehören, dass es eine zusätzliche Stelle braucht – und zwar über den Schluss hinaus, dass sie geschaffen werden soll. Sie sollten überlegen, warum es die früher nicht brauchte.*



Sven Sobernheim (GLP): Es ist einfach zu sagen, dass es früher etwas nicht gebraucht habe. Vielleicht hätte es unseren Eltern geholfen, wenn man gewisse psychische Dinge bereits früher angeschaut hätte. Darum gehen wir mit den Antragstellenden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ein paar Missverständnisse muss ich ausräumen. Unsere Gewaltpräventionsfachstelle macht nicht nur Gewaltprävention, sondern auch Gewaltintervention. Hier wird besonders für Klassen an Schulen geschaut. Wir arbeiten auch eng mit der Schule zusammen. Am Schluss des Prozesses ist die Schulsozialarbeit zuständig, die auch viele Mittel hat. Sie nimmt, wo nötig, mit den Familien Kontakt auf und begleitet die Kinder und Jugendlichen nachträglich. Dieses Angebot gibt es also bereits in der Schulsozialarbeit. Darum ist diese Stelle für Gewaltprävention nicht zielführend. Eine einzelne Person könnte dieses Angebot nicht leisten. Dass die Arbeit gemacht wird, ist wichtig, doch sie wird bereits sehr intensiv von der Schulsozialarbeit geleistet.

S. 392	50 5000 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
081.	Antrag Stadtrat				7 913 100 Mehrheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP)
				100 000	8 013 100 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Die Fachstelle für Gewaltprävention macht Präventions- und Interventionsarbeit. Was nicht geschieht, ist die Aufarbeitung und die Nachbearbeitung der Fälle mit der Schulgemeinschaft. Die Fachstelle für Gewaltprävention soll mit zusätzlichen personellen Ressourcen ein Angebot für Post-Intervention aufbauen und anbieten.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 79 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Gemeinsame Behandlung der Anträge 082. bis 085.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL): Ich spreche für die Kommissionsminderheit. Bei den Spezialtransporten in der Abteilung für Schulmaterialien werden saisonal grosse Lieferungen an Dingen wie Heften gemacht. Immerhin sind es 54 Fahrten zwischen dem Hauptstandort und dem Aussenlager, 153 Lieferungen vom Aussenlager direkt an Kund*innen und ab dem Hauptstandort 895 Auslieferungen an Kund*innen. Dafür benötigt es entsprechende Stellenäquivalente und ein kleines Lastwägelchen. Dieses und dessen Unterhalt muss auch abgeschrieben werden. Es ist uns klar, dass diese Aufgabe keine Vollzeitstelle ausfüllt. Das ist kein Grund, die Aufgabe nicht zu vergeben oder bei der Stadt zu behalten. Die Person mit diesem Kleinstpensum soll gute Arbeitsbedingungen haben.

Sven Sobernheim (GLP): Tanja Maag (AL) führte bereits aus, um wie wenig Fahrten es sich handelt. Sie sprach von einem Kleinstpensum und das trifft auch auf den Lastwagen zu. Dieser wäre nämlich sehr wenig ausgelastet und würde meistens herumstehen. Das ist nicht zielführend. Hier ist es sinnvoll, Externen diese Aufgabe zu überlassen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Diese Spezialtransporte sind im Budget mit 68 000 Franken eingestellt. Den Lastwagen und das Fahrpersonal extra hinzuzuziehen, würde den Betrag auf 205 000 Franken erhöhen, was 300 Prozent Steigerung entspricht. Das Problem ist, dass wir in elf Monaten nur einen Arbeitstag für diese Aufgabe und damit den Lastwagen brauchen. Die restliche Zeit würde er herumstehen. Dafür haben wir keinen Parkplatz. Zudem handelt es sich um einen Eigenwirtschaftsbetrieb und wir müssten die zusätzlichen Kosten auf die Preise der Materialien schlagen. Machen Sie das bitte nicht.

S. 397	50 5005 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Büromaterialverwaltung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
082.	Antrag Stadtrat			3 359 600	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
			72 000	3 431 600	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)



6 / 45

Begründung: Aufwendungen für Fahrpersonal für Internalisierung von Spezialfahrten der Schul- und Büromaterialverwaltung der Stadt Zürich (SBMV)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 115 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 083.

Wortmeldungen siehe Antrag 082.

S. 398	50 5005 3151 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Büromaterialverwaltung Unterhalt Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
083.	Antrag Stadtrat			100 000	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
			5 000	105 000	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Aufwendungen für ein zusätzliches Fahrzeug für Internalisierung von Spezialfahrten der Schul- und Büromaterialverwaltung der Stadt Zürich (SBMV)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 113 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



7 / 45

Antrag 084.

Wortmeldungen siehe Antrag 082.

S. 398	50 5005 3300 60 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Büromaterialverwaltung Planmässige Abschreibungen Mobilien VV	Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat				78 500 Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vize-präsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)
				12 500	91 000 Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Aufwendungen für ein zusätzliches Fahrzeug für Internalisierung von Spezialfahrten der Schul- und Büromaterialverwaltung der Stadt Zürich (SBMV)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 116 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 085.

Wortmeldungen siehe Antrag 082.

S. 399	50 5005 506000 5060 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schul- und Büromaterialverwaltung Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge Mobilien	Verbesserung	Verschlechte- rung	Betrag	Stimmen
085.	Antrag Stadtrat				100 000 Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vize-präsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Felix Moser (Grüne), Johann Widmer (SVP)



100 000	200 000	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat
		Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
Begründung: Aufwendungen für ein zusätzliches Fahrzeug für Internalisierung von Spezialfahrten der Schul- und Büromaterialverwaltung der Stadt Zürich (SBMV)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 114 gegen 8 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 085a.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion folgenden Antrag zum Budget: In der überwiesenen Motion GR Nr. 2021/267 forderten die SP, FDP und Grünen eine bedarfsgerechte Abendbetreuung an der Volksschule. Der Stadtrat möchte die Motion abschreiben. Im Bericht dazu lobt er sein laufendes Pilotprojekt für die Abendbetreuung. Dieser Pilotversuch besteht daraus, dass während eines Jahres an drei Schulen der Stadt eine Abendbetreuung von 18 bis 19 Uhr angeboten wird. Das ist eine Alibiübung. In unserer Stadt mit sieben Schulkreisen und 110 Schulen sollten mehr Schulen an einem Pilot teilnehmen und der Versuch sollte mindestens zwei Jahre dauern. Das wollen wir mit unserem Budgetantrag ermöglichen. Zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der zielgerichtete Ausbau der Betreuung wichtig.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): Der Stadtrat hat einen Versuch gestartet. Die Nachfrage war gering. Dem Stadtrat traue ich zu, dass er die Auswahl der drei Schulen richtig gemacht hat. Das Projekt kann entsprechend eingestellt werden.

Leah Heuri (SP): Abendbetreuung ist wichtig. Die Realität vieler Familien endet nicht um 18 Uhr. Verlässliche Betreuungsangebote gehören zu einer modernen Stadt. Was uns aktuell vorliegt, ist kein gut aufgebauter Versuch. Der Pilot wurde an drei Schulen für ein Jahr gestartet, mit unklarer Kommunikation und Bedingungen, die weder für die Mitarbeiter*innen noch die Eltern attraktiv sind. Das sagt nichts über den Bedarf aus, sondern über die Qualität des Pilots. Eine Weiterführung erachten wir daher nicht als sinnvoll. Wir brauchen eine stabile Entscheidungsgrundlage und nicht eine Weiterführung dieses Projekts, das aus verschiedenen Ecken kritisiert wird. Unser Ziel ist nicht, die Abendbetreuung zu verhindern, sondern ein richtiges Pilotprojekt durchzuführen. Der Pilot soll auslaufen und nach der Evaluation wollen wir schauen, was wirklich benötigt wird. Einen neuen Piloten unterstützen wir gerne, lehnen diesen Antrag aber ab.



S. 400	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Antrag von
085a.	Antrag Stadtrat			340 048 100	
			400 000	340 448 100	Dr. Balz Bürgisser (Grüne)
	Begründung:	Das Pilotprojekt Abendbetreuung soll um ein Jahr verlängert (Schuljahr 2026/2027) sowie um 2 bis 3 Schulen erweitert werden.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag von Dr. Balz Bürgisser (Grüne):

Der Rat lehnt den Antrag von Dr. Balz Bürgisser (Grüne) mit 40 gegen 82 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.

Antrag 086.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Die Lohnkosten sind mit Abstand die grössten Budgettreiber im Schulwesen. Das Schülerwachstum beträgt 1,29 Prozent, das Lohnwachstum bei den städtischen Lehrpersonen 15,6 Prozent. Das ist keine Entwicklung mehr, sondern eine Entkopplung von der Realität. Gerade das kostspielige, aufwendige und trotzdem ineffektive integrative Schulsystem verschärft diese Dynamik. Es gibt 32 Prozent mehr Fälle von integrierten Sonderschülern (ISR) gegenüber dem Vorjahr. Das liegt an den aufwendigen Abklärungen und in der Folge massiv mehr Zusatzpersonal. Konkret sind es 15,4 Millionen Franken Mehrkosten für Förderlektionen. Das führt zu immer mehr Lehrpersonen im Schulzimmer, mehr Koordination und ausgebrannten Lehrerinnen und Lehrern – doch leider nicht zu mehr Wirkung. Hinzu kommen zusätzliche Mittel für Schulsinseln, die zwar nicht so effektiv sind wie Förderklassen, aber immerhin für kurzfristige Entlastung sorgen können. Aber man kann nicht überall mehr Personal aufbauen und neue Strukturen schaffen, ohne etwas am Gesamtsystem zu ändern, das Jahr für Jahr aufgebläht wird. Die Bildung wird zugleich schlechter. Die FDP steht zu fairen Löhnen, doch genauso zu finanzpolitischer Verantwortung. Das Lohnwachstum soll in die Richtung des Umfangs des Schülerwachstums gehen. Alles andere ist nicht nachhaltig.

Leah Heuri (SP): Die vorgeschlagenen Kürzungen ignorieren komplett, woher die zusätzlichen Kosten kommen: von den gesetzlichen und pädagogischen Notwendigkeiten, die diese Stadt zu erfüllen hat. Die Budgeterhöhung ist kein Lohnwachstum ohne Grund, sondern ein klar ausgewiesener Mehrbedarf von Leistungen, die wir sicherstellen sollen.



*Wenn wir die Erhöhungen betrachten, sind insbesondere mehr Förderlektionen budgetiert: Aufgabenstunden für Deutsch als Zweitsprache (DAZ), erhöhter Förderbedarf und Begabtenförderung, Therapiebedarf, Logopädie und Psychomotorik. Damit sprechen wir zu über 90 Prozent nicht von allgemeinen Löhnen, sondern über zusätzliche Unterrichts- und Therapielektionen, die direkt an die Front kommen. Die Leistungen sind im Volksschulgesetz verankert und werden auf Basis des Schüler*innenbedarfs berechnet, nicht aufgrund nackter Totalzahlen an Kindern. Dieses Geld fliesst direkt in den Unterricht. Es soll genau dorthin, wo die Herausforderungen wachsen. Der Bedarf an Förderung steigt nicht linear mit der Kopfzahl der Kinder, sondern mit der Diversität. Es ist nicht seriös, das zu ignorieren und das Schüler*innenwachstum gegen die tatsächliche Bedarfsstatistik auszuspielen. Wir sprechen nicht über Luxus, sondern über Prävention. Ohne die Budgeterhöhungen müssen die Lehrpersonen mehr auffangen und wir erzeugen genau das Muster, das wir bildungspolitisch seit Jahren überwinden wollen. Wenn wir kürzen, sparen wir nicht, sondern verschieben die Probleme und Kosten in die Zukunft. Zürich will eine Schule, die integriert statt ausgrenzt und Lehrpersonen unterstützt, statt überlastet. Die Kommissionsmehrheit lehnt den Kürzungsantrag daher ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): In diesem Antrag geht es um die Lohnsumme der kommunal angestellten Lehrpersonen. Die FDP will den Sparhammer ansetzen. Es geht um die Löhne der Lehrpersonen, die DAZ unterrichten. Ich erinnere daran, dass der Gemeinderat im Januar 2024 eine Motion überwiesen hat, die eine Erhöhung des DAZ-Kontingents pro Schüler*in forderte, sodass die kantonalen Mindestvorgaben eingehalten werden. Das sind für ein Kind mit DAZ-Bedarf 2 Lektionen Deutsch pro Woche. Die Umsetzung des Gemeinderatsbeschlusses verursacht Mehrkosten in der Höhe von 10,3 Millionen Franken auf das Schuljahr 2025/26. Aus Sicht der Grünen ist dieses Geld gut investiert. Ebenfalls zur Erhöhung der Lohnsumme tragen die Löhne der Lehrpersonen für Begabungs- und Begabtenförderung bei. Der Gemeinderat inklusive FDP stimmte diesem neuen Förderkonzept zu. Die Umsetzung dieses Beschlusses verursacht Mehrkosten in der Höhe von 2,3 Millionen Franken. Auch dieses Geld ist gut investiert, um die Bildungschancen aller Kinder zu erhöhen. Alle weiteren Erhöhungen sind ebenfalls gut begründet. Fazit: Die personellen Ressourcen werden benötigt, um die integrative Schule gut umzusetzen. Darum lehnen die Grünen den Sparhammer der FDP ab.

Selina Walgis (Grüne): Die linke Ratsseite hat die Ablehnung des Antrags detailliert begründet. Es wäre aber absurd, den Antrag umzusetzen, da die Lehrpersonen eingestellt sind. Zur Einhaltung des Antrags müsste man ihnen kündigen.

Tanja Maag (AL): Dr. Balz Bürgisser (Grüne) zeigte, dass hinter jeder Zahl etwas steht. Er entlarvte damit die FDP und ihren Angriff auf die integrative Schule mit dem Antrag.



11 / 45

S. 401	50 5010 3020 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne der Lehrpersonen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
086.	Antrag Stadtrat				122 541 300 Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			9 000 000		113 541 300 Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Das Wachstum der Löhne der Lehrpersonen beträgt 15,36 %, während das Wachstum der Anzahl Schulkinder lediglich 1,29 % beträgt. Mit Lerninseln stehen von der Zürcher Schulpflege (ZSP) geförderte Gefässe zum Auffangen von Schulkindern mit speziellen Bedürfnissen zur Verfügung. Das diesjährige Lohnwachstum soll höchstens dem diesjährigen Wachstum der Anzahl Schulkinder entsprechen.			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 087.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag (AL): Alle Schulanlagen sollen mit einem Defibrillator ausgestattet werden.

Markus Haselbach (Die Mitte): Bereits 24 Schulen sind mit einem Defibrillator ausgestattet. Gemäss Schulamt sollen die anderen Schulen nach und nach welche erhalten. Dass alle genau im Jahr 2026 ausgestattet werden, erachten wir nicht als dringend.

S. 403	50 5010 3116 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Anschaffung medizinische Geräte und Instrumente	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
087.	Antrag Stadtrat				30 000 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat



215 000 245 000 Mehrheit

Tanja Maag (AL) Referat,
Präsidium Sven Sobern-
heim (GLP), Vizepräsidium
Martin Bürki (FDP),
Përparim Avdili (FDP),
Dr. Florian Blättler (SP),
Lara Can (SP), Leah Heuri
(SP), Felix Moser (Grüne),
Florian Utz (SP), Johann
Widmer (SVP)

Begründung: Um alle Schulen mit einem Defibrillator auszurüsten, müsste mit
ca. 86 Standorten gerechnet werden. Die Kosten betragen Fr. 2500
pro Gerät exkl. Montagekosten.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den
Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 114 gegen 10 Stimmen (bei 0 Enthaltun-
gen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 088. und 089. (Postulat GR Nr. 2025/578)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Tanja Maag (AL) begründet den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche
Beschluss-Nr. 5508/2025): Im schulischen und betreuerischen Kontext arbeiten Men-
schen eng zusammen. Oft sind es hierarchische Settings, bspw. zwischen Betreuenden
und Schüler*innen oder auch im Gesundheitsbereich. Hier bestehen Abhängigkeitsver-
hältnisse. Es ist wichtig, dass Bildungsinstitutionen und Betriebe in Gesundheit und Be-
treuung wissen, wie sie damit umgehen wollen. In hierarchischen Gefällen kommt es im-
mer wieder zu kleinen Grenzverletzungen. Das ist meistens nicht tragisch, aber man
muss einen Weg damit finden. Das geschieht am besten vorher und nicht erst, wenn
sich etwas ereignet. Eine proaktive Haltung ist hilfreich und gibt Orientierung. Im Son-
derschul- und Therapiebereich der Stadt zeigten sich mit dem «Bündner Standard» be-
reits gute Erfahrungen. Das ist ein praxiserprobtes Instrument mit verschiedenen Bau-
steinen. Aus unserer Sicht ergibt es Sinn, diese Erfahrungen auf die Volksschulen zu
übertragen. Natürlich ist es nicht das einzig richtige Instrument. Die Personen an der
Basis sollen mitreden können, was gut für sie ist. Diese Offenheit soll bleiben.

Sven Sobernheim (GLP): Mir bleiben nach diesem Votum viele Fragen zum Budgetan-
trag, da nur zum Postulat geredet wurde. Wie das Pilotprojekt ausgestaltet werden soll,
wurde nicht ausgeführt. Eigentlich haben wir uns geeinigt, dass wir keine Mikrobeträge
sprechen, was mit 8000 Franken der Fall wäre. Was soll man mit diesem Betrag an ei-
ner Regelschule machen? Die Mehrheit lehnt dieses Mikromanagement ab.



Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Gegen den «Bündner Standard» haben wir nichts. Diesen anzuwenden, verbieten wir nicht. Doch hier wird einmal mehr «top-down» entschieden, dass das alle Schulen so machen müssen. Das klingt nach Weiterbildungen, Sitzungen und noch mehr Bürokratie. Wenn Lehrer genug von etwas haben, dann davon. Zudem gibt es die Schulpflege. Sie wäre eine Ansprechstelle, die nicht in diesem Hierarchiegefälle steckt.

Weitere Wortmeldung:

Leah Heuri (SP): Wir haben eine Textänderung zum Postulat. Grundsätzlich unterstützen wir es, aber der aktuelle Wortlaut greift zu kurz: «Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie ein Konzept zur Prävention und Sensibilisierung im Umgang mit Grenzverletzungen wie beispielsweise der «Bündner Standard» oder Limita für die Umsetzung in der Regelschule bereitgestellt - und das Wissen anderer Dienstabteilungen zur Verfügung gestellt werden kann. Zudem sollen ausreichende Mittel für externe Fachleistungen bereitgestellt werden, um die Implementierung zu begleiten». Der erste Teil der Textänderung ist notwendig, da wir uns als Gemeinderat nicht anmassen wollen, einen fachlichen Entscheid vorwegzunehmen, den die Schulpflege noch nicht gefällt hat. Die Verwaltung hat klar kommuniziert, dass die Umsetzungsprozesse für die stadtweiten Konzepte in Bearbeitung sind. Das Ziel ist, dass alle Regelschulen über ein wirksames Konzept verfügen. Welches Modell geeignet ist, steht noch nicht fest. Gerade deswegen wäre es falsch, im Postulat einen einzigen Ansatz zu privilegieren. Für die Einführung der Konzepte fallen nicht nur 8000 Franken an. Hinzu kommen interne Aufwände für die partizipative Erarbeitung in den Schulen. Diese können noch nicht eingeschätzt werden. Daher soll der Stadtrat ausreichend Mittel für externe Fachleistungen mitdenken. Entscheidend ist, dass unsere Regelschulen wirksam geschützt und begleitet werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Ich bin Präsident der Schulpflege und kann Leah Heuri (SP) bestätigen, dass wir es genauso machen, wie von ihr beschrieben.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): Tatsächlich habe ich nur zum Postulat gesprochen. Wir hatten die Vorstellung, dass es nicht bei diesem Mikrobetrag bleibt, wenn man so etwas umsetzen möchte. Die Schulpflege meinte, dass sie die Sache erst abklären möchte und deswegen nur diesen kleinen Betrag einstellt. Damit waren wir einverstanden. Auf die Frage, was es noch brauche, kam die Antwort, dass man das noch nicht abschätzen könne. Es ist nicht in unserem Sinn, etwas aufs Auge zu drücken, das nichts nützt. Darum sind wir offen für die Textänderung. Mit dieser kann man Stefan Urechs (SVP) Bedenken aus der Welt räumen. Die Schulpflege hat sich zu dieser Sache aktiv geäußert.



Florine Angele (GLP): Den Budgetantrag werden wir ablehnen. Dem Postulat stimmen wir auch mit Textänderung zu, da wir die Prüfung dem Stadtrat überlassen wollen, ob und wie das Instrument des Standards in den Stadtzürcher Schulen genutzt werden kann. Bei grossen Organisationen kann es in hierarchischen Konstrukten zu Grenzverletzungen kommen, darum macht es Sinn, zu solchen Fällen ein Konzept zu haben. Es besteht aber immer die Gefahr, unnötige Bürokratie zu schaffen. Das ist nicht die Idee.

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Postulat und Budgetantrag sind wichtige Puzzlestücke zur Verhinderung von Gewalt und Grenzverletzungen. Die Textänderung ist sinnvoll.

Karin Weyermann (Die Mitte): Den Budgetantrag lehnen wir ab, ich verweise auf die Vorrednerinnen und Vorredner. Das Postulat unterstützen wir auch mit Textänderung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Einige haben gut recherchiert, darum ist das Ergebnis präzise, aber auch kompliziert. Es werden offene Türen eingerannt. Wir prüfen das Anliegen.

S. 403	50 5010 3132 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Honorare externe Beratungen, Gutachten, Fachexpertisen usw.				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
088.	Antrag Stadtrat			1 650 900	Mehrheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)
			8 000	1 658 900	Minderheit	Tanja Maag (AL) Referat, Felix Moser (Grüne)
					Enthaltung	Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung: Bereitstellung des Präventionskonzepts «Bündner Standard» in einer Regelschule				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Jürg Rauser (Grüne) stellt den Ordnungsantrag auf Wiederholung der Abstimmung.

Dem Ordnungsantrag wird stillschweigend zugestimmt.



Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 090. und 091. (Postulat GR Nr. 2025/560)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5461/2025): Der Schulpsychologische Dienst (SPD) ist ein kostenloses Beratungsangebot der Volksschule, vom Kindergarten bis zur Sekundarschule. Eltern, Lehrpersonen und Schüler*innen können dieses Angebot nutzen. Der oder die Schulpsycholog*in bespricht die Situation mit allen Beteiligten und führt fundierte Abklärungen durch. Sie erarbeiten Lösungen und empfehlen Massnahmen. Das kann eine Empfehlung für eine integrierte oder separierte Sonderschule sein. In den letzten Jahren haben immer mehr Kinder und Jugendliche psychische Probleme. Mobbing und sexuelle Belästigung im schulischen Umfeld haben zugenommen. Die Sonderschulquote hat im Kanton und in der Stadt Zürich stark zugenommen: innert zwei Jahren um 20 Prozent. Diese Fakten führen zu einer massiven Mehrbelastung des SPD. Die durchschnittliche Wartezeit nach einer Anmeldung beträgt 1,5 Monate. So lange Wartezeiten sind inakzeptabel. In vielen Fällen führen sie zu untragbaren Situationen in der Schule und zu Hause. Darum ist baldmöglichst eine deutliche Erhöhung der Anzahl Stellen im SPD nötig. Unser Budgetantrag fordert eine Erhöhung um 10 Stellenwerte.

Përparim Avdili (FDP): Selten gibt es eine Dienstabteilung, die ein so stark überproportionales Stellenwachstum wie die Schule in unserer Stadt erfährt. Das hat nichts mit dem Vorsteher des Schul- und Sportdepartements (SSD) zu tun, sondern damit, dass ihr als einzige Lösung für durchaus bestehende Probleme zusätzliches Personal vorbringt. Das Problem muss an der Wurzel angepackt und über eine grundsätzliche Umstrukturierung des Systems nachgedacht werden. Es gibt ausreichend Stellen. Man müsste aber überlegen, wie man sie zwischen den Schulen verteilt. Das Angebot ist zudem nicht gratis: Euer Vorstoss kostet den Steuerzahler 1,5 Millionen Franken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Die Wartezeiten muss ich relativieren. Diese hängen auch von den Schulen und den Eltern ab. Die Verzögerungen entstehen oft aufgrund der Kommunikation. Die Fälle haben eher abgenommen. Zum Teil ist es nicht schlecht, wenn es eine gewisse Wartezeit gibt. Der SPD gibt den Schulen Empfehlungen ab und der Schulkreis muss bestimmen, dass es einen Sonderschulfall gibt. Das gibt mehr Mittel, aber es entsteht auch die Gefahr der Stigmatisierung der Kinder. Das muss man gut abwägen. Man kann nicht einfach sagen «Alle müssen sofort drankommen». Viele Dinge kann man in der Klasse mit Gesprächen durch die Gewaltprävention auffangen. Daher ist diese Warteliste nicht mit einer normalen zu vergleichen. Wenn man 10 neue



Stellen schaffen und annehmen würde, dass die meisten Teilzeitstellen sind, würde das 15 Personen mehr bedeuten. Das wären 25 Prozent mehr im Vergleich zum heutigen Bestand von 39 Mitarbeitenden. Mit den Räumlichkeiten haben wir bereits heute ein Problem, da die Schulen nicht beliebig viele Räume zur Verfügung stellen können. Ein gut funktionierendes Instrument sind die Springer. Diese helfen, die Probleme in schwierigen Situationen zu lösen. Die Erhöhung um 10 Stellenwerte ist nicht zielführend.

Weitere Wortmeldungen:

Leah Heuri (SP): *Die aktuellen Daten des SPD machen deutlich, dass wir die Sache anschauen müssen. Wir haben ein Begleitpostulat eingereicht, um die Verteilung der Ressourcen zu überprüfen. Bis anhin wurde dafür mit Schüler*innenzahlen und dem Sozialindex gerechnet. In Schwamendingen, dem Schulkreis mit dem tiefsten Sozialindex, warten Kinder über drei Monate auf einen Termin. Wir erwarten, dass zusätzliche Ressource in diesem Kreis am stärksten wirken. Doch die langen Wartezeiten halten sich hartnäckig und steigen weiter. Gleichzeitig sehen wir am Zürichberg eine Entwicklung in einem völlig anderen Kontext. Mit dem höchsten Sozialindex der Stadt würde man hier keine hohen Wartezeiten erwarten, doch die Zahlen sind eindeutig: Innerhalb eines Jahres stieg die Anzahl der Kinder mit einer Wartezeit von mehr als drei Monaten von 9 auf 21 Prozent. Andererseits wartet im Limmattal nur 1 Prozent der Kinder länger als drei Monate. Die Realität der Fallbelastung passt also nicht mehr zum Verteilschlüssel. Die Zahlen zeigen, dass die Wartezeiten dort entstehen, wo viel akute und komplexe Fälle gleichzeitig auftreten – unabhängig davon, ob der Kreis statistisch als sozial belastet gilt oder nicht. Unser Postulat fordert zusätzlich zur konsequenten Erhöhung des SPD, dass der Stadtrat prüft, wie die Stellenverteilung des SPD mit empirischen Belastungsindikatoren ergänzt werden kann. Das Ziel ist eine verlässliche, zeitnahe schulpsychologische Unterstützung in allen Kreisen. Letzten Endes geht es darum, dass Kinder nicht monatelang auf Termine warten müssen und die Ressourcen da sind, wo sie benötigt werden.*

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): *Es sollen nicht nur personelle Ressourcen für den SPD geschaffen, sondern diese auch bedarfsgerecht verteilt werden. Der bisherige Verteilschlüssel ist grundsätzlich sinnvoll, da er bei der Nachfrage nach schulpsychologischer Unterstützung soziale Unterschiede berücksichtigt. Die aktuellen Daten zeigen, dass es bezüglich Wartezeiten deutliche Unterschiede zwischen den Schulkreisen gibt. Wir fordern den Stadtrat auf, den bestehenden Verteilschlüssel zielgerichtet zu ergänzen.*

Karin Weyermann (Die Mitte): *Die Stellenerhöhung lehnen wir ab. STR Filippo Leutenegger führte aus, wieso sie momentan in diesem Ausmass nicht nötig ist, auch wenn wir den SPD als wichtig erachten. Die Wartezeiten hätten wir gerne kürzer. Daher haben wir Sympathien für das Postulat, um das Problem an der Wurzel zu packen. So schafft man mit einem Springersystem dort Entlastung, wo der SPD akut überlastet ist. STR Filippo Leuteneggers Votum konnte ich nicht entnehmen, wieso das Postulat abgelehnt wird. Vermutlich liegt das daran, dass die Stellen den Schulkreisen zugeordnet sind. Das ist für uns kein Grund, das Postulat abzulehnen, da es lediglich einen Prüfauftrag darstellt. Die Sache darf offen gedacht werden. Wir unterstützen das Postulat.*



Moritz Bögli (AL): Der Vorsteher des SSD erkennt eine zentrale Aufgabe des SPD. Dessen Dienstleistungen gehen über den Wortlaut «Schulpsychologischer Dienst» hinaus. Er ist auch für Abklärungen zuständig, um Diagnosen zu stellen und auf diese hin sonderpädagogische Massnahmen zu ergreifen. Kinder mit sonderpädagogischen Ansprüchen sollen diese möglichst zeitnah gutgesprochen bekommen. Hierfür müssen die bestehenden Wartezeiten klar reduziert werden. Darum stimmen wir dem Antrag zu.

Yasmine Bourgeois (FDP): Das ist ein Paradebeispiel für Systemausweitung statt Problemlösung. Im integrativen Schulsystem gilt inzwischen: Wer mehr Ressourcen will, muss mehr abklären, diagnostizieren und Fälle produzieren. Das ist nicht Pädagogik, sondern eine Abklärungsindustrie zur Ressourcenbeschaffung. Die Wirkung bleibt bescheiden. Man kann nicht alles integrieren, therapieren und mit mehr Personal zudecken. Jedes Jahr mehr Geld zu verlangen, ist weder nachhaltig noch wirksam und dem Steuerzahler gegenüber nicht ehrlich. Die FDP sagt klar: Weniger ideologische Integration, mehr klare Förderung bspw. mit Förderklassen. Es braucht weniger Abklärungen und mehr Unterricht. Das Postulat und den Antrag lehnen wir ab.

Christine Huber (GLP): Wir sind uns hoffentlich alle einig: Kinder und Jugendliche in Krisensituationen sollen rasch und wirksam Unterstützung erhalten. Genau da setzt das Postulat GR Nr. 2025/560 an. Der SPD nimmt eine zentrale Rolle ein, um die Schulen, Lehrpersonen und Familien zu entlasten. Eine flexible Ressourcenverteilung ermöglicht es, auf unterschiedliche Belastungen in den Quartieren zu reagieren und dort die Kapazitäten zu verstärken, wo sie am dringendsten benötigt werden. Mit dem Postulat wird sichergestellt, dass eine regelmässige Überprüfung der Verteilkriterien anzeigt, dass die vorhandenen Ressourcen dort zum Einsatz kommen, wo Bedarf besteht. Das Mittel und das Ziel des Postulats sind uns wichtig. Daher stimmt die GLP für das Postulat.

Stefan Urech (SVP): Die letzte Sitzungsstunde war sinnbildlich für Ihre Art Bildungspolitik. Sie interessieren sich für alles im Bildungssystem – ausser für den Unterricht. Das ist für Sie nach Betreuung, Psychologie, Provenienzforschung usw. sekundär. Die Unterrichtsqualität und Anschlusslösung für durchschnittliche Schüler interessiert Sie mässig.

S. 425	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5050	Schulgesundheitsdienste				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
090.	Antrag Stadtrat			20 065 100	Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)



18 / 45

1 500 000 21 565 100 Mehrheit

Felix Moser (Grüne)
Referat, Präsidium Sven
Sobernheim (GLP),
Dr. Florian Blättler (SP),
Lara Can (SP), Leah Heuri
(SP), Tanja Maag (AL),
Florian Utz (SP)

Begründung: Schaffung von 10 zusätzlichen Stellen im Schulpsychologischen Dienst.
Damit kann die Versorgungsdichte auf rund 700 Schulkinder pro Stelle
gesenkt werden.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den
Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 45 Stimmen (bei 0 Enthaltungen)
zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 092.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Lisa Diggelmann (SP): Mit diesem Antrag über 1,8 Millionen Franken möchten wir die Möglichkeit geben, dass alle Heimspiele der Grasshopper Club (GC) Frauen und Fussballclub Zürich (FCZ) Frauen im Letzigrund stattfinden können. Es ist an der Zeit. Mit diesem Geld können wir dazu beitragen, dass das grundsätzlich möglich wird. In der Budgetberatung wurde uns aufgezeigt, dass es, wenn alle Spiele nach den Herrenspielen stattfinden, 1,3 Millionen Franken kosten würde. Sollte dies nicht möglich sein, wäre der Maximalbetrag 1,8 Millionen Franken. Darum haben wir diesen Betrag eingestellt.

Johann Widmer (SVP): Unser Vorschlag ist kostenneutraler. Wir stimmen zu, wenn man den FCZ Herren im Gegenzug auf die Frauenplätze verweist. Dieser hat es nicht verdient, im Letzigrund zu spielen – die Frauen aber sehr wohl.
Weitere Wortmeldungen:

Sven Sobernheim (GLP): Wir wechseln in die Mehrheit. Es geht darum, die Möglichkeit zu schaffen. Trotz des optimistischen Votums von Lisa Diggelmann (SP) sind wir nicht überzeugt, dass alle Spiele im Letzigrund werden stattfinden können. Dieser Möglichkeit wollen wir aber nicht im Weg stehen. Mit zwei Fussballstadien wird das einfacher.

Stefan Urech (SVP): Ich bin ein grosser Fan von Frauenfussball. Trotzdem sollten wir am Boden bleiben und die Realität betrachten. Der Zuschauerschnitt bei den GC-Frauen war in der letzten Saison 230 Personen pro Spiel, bei den FCZ-Frauen 730 Personen. Es gibt positive Ausnahmen, aber die Zahlen müssen rational betrachtet werden.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Mit diesem Betrag könnte man theoretisch alle Spiele der Frauen auf dem Letzigrund-Areal durchführen. Das Problem ist, dass die Swiss Football League und der Schweizerische Fussballverband letztlich entscheiden, welche Spiele wo stattfinden. Theoretisch wäre das Anliegen möglich, in der Praxis wird es kaum so sein. Ein limitierendes Problem ist die Rasenfläche. Die wird problematisch, wenn so viele Heimspiele darauf durchgeführt werden. Die Lösung dafür wäre der Hardturm.*

S. 193	50 5070 PG 1	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Sportamt Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
092.	Antrag Stadtrat			70 230 100	Minderheit	Präsidium Sven Sobernheim (GLP) Referat, Johann Widmer (SVP)
			1 800 000	72 030 100	Mehrheit	Leah Heuri (SP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung: Die 1. Männerteams von FCZ und GC tragen sämtliche Heimspiele im Letzigrund aus. Für die 1. Frauentteams ist das bis heute nicht der Standard, obwohl sie auf demselben sportlichen Niveau eine professionelle Infrastruktur benötigen. Damit FCZ Frauen und GC Frauen ihre Heimspiele ebenfalls vollständig im Letzigrund austragen können, braucht es zusätzliche Mittel für Nutzung, Betrieb und Sicherheit. Eine echte Gleichbehandlung im Spielbetrieb lässt sich ohne diese finanziellen Voraussetzungen nicht herstellen.				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 111 gegen 12 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 093.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Lisa Diggelmann (SP): *Mit diesem Antrag in der Höhe von 2 Millionen Franken wollen wir den Stadtrat auffordern, die Legacy-Projekte, die im Rahmen der UEFA Women's EURO 2025 (EM) angestossen wurden, weiterhin umzusetzen. Der Gemeinderat hat*



20 / 45

18,45 Millionen Franken für die EM im Jahr 2025 gesprochen. Davon sind noch rund 12 Millionen Franken übrig. Das ist bei solchen Grossveranstaltungen wie bspw. der Rad-Weltmeisterschaft (Rad-WM) nicht üblich. Dieses Geld soll weiterhin in Frauenfussball oder Frauensport investiert werden. Eine Motion dazu wurde heute eingereicht.

Johann Widmer (SVP): Es geht um eine grundsätzliche Frage. Wenn ein Budget gesprochen und nicht alles gebraucht wurde, soll das Geld in der Stadtkasse bleiben und nicht anderweitig verprasst werden. Das Budget soll nicht weitergegeben werden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Bereits jetzt haben wir grosse Legacy-Projekte. In den Budgets 2024 und 2025 haben wir 1,2 Millionen Franken für diverse Projekte gesprochen. Ich habe mit dem Sportamt besprochen, ob es überhaupt möglich ist, 2 Millionen Franken zu investieren. Dem ist nicht so. 200 000 Franken zusätzlich wären möglich. Mehr kann man in dieser Zeit nicht leisten. Aber hätte ich vorgeschlagen, das Defizit der Rad-WM mit dem Plus der EM zu kompensieren, hätte es einen Aufschrei gegeben.

Weitere Wortmeldung:

Lisa Diggelmann (SP): Wenn man mir richtig zugehört hätte, wüsste man, dass wir noch eine Motion einreichen. Wenn man nicht alles investieren kann, wäre ich froh, wenn diese Motion schnellstmöglich umgesetzt wird. Ich habe Mühe damit, dass man defizitäre Veranstaltungen mit gut laufenden Frauensportveranstaltungen quersubventionieren möchte. Das ist sicher nicht im Sinn der Gleichstellung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: Das war nur ein Spruch. Natürlich sind wir froh, dankbar und stolz, dass das Sportamt das mit der EM so gut gemacht hat.

S. 193	50 5070 PG 2	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
		Sportamt			
		Sportförderung und Beratung			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093.	Antrag Stadtrat			12 329 300	Minderheit
			2 000 000	14 329 300	Mehrheit
		Johann Widmer (SVP) Referat			
		Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)			



Enthaltung Vizepräsidium Martin Bürki
(FDP), Përparim Avdili
(FDP), Markus Haselbach
(Die Mitte)

Begründung: Das Sportamt vermerkt, dass sich die effektiven Ausgaben voraussichtlich auf unter 10 Millionen Franken belaufen werden. Der vom Gemeinderat am 1. Februar 2023 bewilligte Kredit über 18,45 Millionen Franken (GR Nr. 2022/465) war jedoch ausdrücklich für die UEFA Women's EURO und die Förderung des Frauenfussballs vorgesehen. Daher sollten die verbleibenden Mittel nicht einfach wegfallen, sondern weiterhin für zukünftige Legacy-Projekte und für strukturelle Verbesserungen insbesondere auch im Bereich der Infrastruktur für den Frauenfussball verwendet werden.

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

SOZIALDEPARTEMENT

Antrag 094.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Luca Maggi (Grüne): Diesen Antrag stellen wir Grüne jedes Jahr. Das Sozialinspektorat und die damit verbundenen menschenrechtsunwürdigen Observationen sollen aufgehoben werden. Leider beissen wir Jahr für Jahr bei der SP auf Granit. Im Jahr 2023 reichten wir mit der SP ein Postulat ein, in dem der Stadtrat aufgefordert wurde zu prüfen, wie er verdeckte Observationen abschaffen kann. Zwei Jahre später stellen wir fest, dass fast nichts passiert ist. Im Jahr 2023 meinte STR Raphael Golta, dass er es nur abschaffen werde, wenn das Sozialinspektorat aus der Gemeindeordnung gestrichen wird. Dafür wurde von uns bereits eine Parlamentarische Initiative (PI) geschrieben. Auf der Zielgeraden der Budgetbehandlung wurde uns aber mitgeteilt, dass eine Studie bei der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften (ZHAW) in Auftrag gegeben wurde, die das Sozialinspektorat und die verdeckten Observationen, deren Rechtsgrundlagen und weiteres untersucht. Die Ergebnisse sollen im März 2026 vorliegen. Daher haben wir beschlossen, mit der Einreichung der PI und die Wahlen abzuwarten.

Përparim Avidli (FDP): Das kantonale Gesetz zum Sozialinspektorat hat sich auch in diesem Jahr nicht geändert. Es ist folgerichtig und sozial, dass nur die in den Genuss



von Sozialleistungen kommen, die einen Anspruch darauf haben. Die Grünen könnten eine Volksinitiative lancieren, statt sich über fehlende Unterstützung im Rat zu beklagen.

Weitere Wortmeldungen:

Anjushka Früh (SP): Bei der Überweisung des Postulats vor zwei Jahren sagten wir bereits, dass wir dem Stadtrat für diese Änderung Zeit geben wollen. Die zwei Jahre und damit die Frist sind zwar vorbei, aber ich stehe immer noch hinter dieser Aussage. Die Studie bei der ZHAW ist angekündigt und mit dieser kann man das Thema weiterverfolgen. Daher wird die SP den Antrag der Grünen nicht unterstützen. Das heisst nicht, dass unsere Skepsis gegenüber dem Sozialinspektorat nicht mehr vorhanden wäre.

Moritz Bögli (AL): Ich wünschte, die FDP würde diesen Enthusiasmus auch bei anderen Rechtsverletzungen wie Steuerhinterziehungen zeigen. Das Sozialinspektorat hat in dieser Stadt nichts zu suchen. Es ist aus der Zeit gefallen und nicht mehr sinnvoll.

Sven Sobernheim (GLP): Moritz Bögli (AL), wir würden dem Steueramt auch 5,3 Stellen für Steuerdetektive sprechen, wenn STR Daniel Leupi sie benötigen würde.

S. 434	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
094.	Antrag Stadtrat			7 310 000 91 000 N	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		530 000		6 871 000	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Tanja Maag (AL)
		Begründung:	Verzicht auf das Sozialinspektorat (Streichung der 5,3 Stellen)			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 095.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Lisa Diggelmann (SP) stellt den Antrag der Mehrheit neu auf Institution Nr. 5560, Soziale Einrichtungen und Betriebe: Aktuell bietet die Stadt rund 4 Prozent der Plätze in Kindertagesstätten (Kitas) an. Aufgrund der Entscheidung des Bezirksrats im Zusammenhang mit der Verordnung über die familienergänzende Betreuung ist klar, dass der Anteil der städtischen Kitas deutlich gesteigert werden muss. Die inhaltliche Debatte darüber führen wir nächste Woche. Mit der Stelle schaffen wir die Ressourcen, um die konzeptionelle Arbeit zu leisten, wie städtische Kitas rasch ausgebaut werden können. Wir wechseln die Kontonummer zu Soziale Einrichtungen und Betriebe (SEB) Nr. 5560.

Përparim Avdili (FDP): Der Bezirksratsentscheid zum Rekurs gegen die Kita-Verordnung beurteilt die Grundlage und die zentralen Elemente der städtischen Subventionen grösstenteils als rechtlich nicht zulässig. Der Stadtrat meint laut Medienmitteilung, dass die städtischen Kitas trotzdem ausgebaut werden sollen. Das ist eine Trotzreaktion. Die Geburtenzahlen sinken. Bereits heute haben Kitas ein Problem mit zu tiefen Auslastungen. Unter diesen Umständen mehr städtische Kitas etablieren zu wollen, ist absurd. Jeder zusätzliche Kitaplatz verursacht Mehrkosten, ohne dass mehr Kinder in den Kitas wären. Der Ausbau löst kein einziges Problem. Ob es eine zusätzliche Stelle für die konzeptionelle Arbeit braucht, ist eine weitere Frage. Wieso wir weiter auf stadteigene Kitas setzen sollen, ist ein Rätsel. Wir brauchen einen rechtlich zulässigen Systemwechsel.

Weitere Wortmeldungen:

Ronny Siev (GLP): Es gibt etwa 10 städtische Kitas an Orten, wo es wenig private Kinderkrippen gibt. Nun gibt es wenig Kinder und die privaten Kitas sind nicht ausgelastet. Wenn es mehr städtische Kitas geben soll, wollt ihr also die privaten verstaatlichen. Etwas anderes kann ich mir dabei nicht vorstellen. Wir lehnen diesen absurden Antrag ab.

Marcel Tobler (SP): Das ist keine Trotzreaktion, sondern die einzig vernünftige. Würde der Bezirksratsbeschluss rechtskräftig, stünden wir praktisch vor dem Nichts. Es ist nur vernünftig, die Rückfallposition zu erarbeiten. Hierfür braucht es eine Stelle. Wenn die Kitas keine Subventionen mehr erhalten, sind die Eltern froh um städtische Optionen.

Yves Henz (Grüne): Dem vorhergehenden Votum kann ich mich anschliessen. Wenn das Urteil rechtskräftig würde, müsstet ihr erklären, wieso wir für grosse Teile der Bevölkerung keine Kitaplätze zu einem vernünftigen Preis mehr anbieten können. Dazu seid ihr nicht bereit. Dass die GLP die Augen verschliesst, finde ich schade und kurzsichtig. Wir müssen weitsichtig handeln, damit für die Bevölkerung ein Kitaplatz zur Verfügung steht und die Anstellungsbedingungen gut sind. Mit dieser Stelle sorgen wir dafür vor.

Marita Verbali (FDP): In der Stadt gibt es 10 stadteigene Kitas und etwa 300 private. Was passiert mit diesen 300, wenn die Stadt noch mehr eigene Kitas aufmacht? Sie bestehen trotzdem weiter und werden durch städtische Kitas konkurrenziert oder machen



zu. Das nützt den Eltern nichts. Der Rekurs würde bedeuten, dass die gesamte bestehende Subventionsarchitektur zusammenfiel. Ein Systemwechsel würde nötig werden. Umso unverständlicher ist es, dass der Stadtrat die Motion, die direkt an Eltern gehende Betreuungsgutscheine forderte, mit widersprüchlichen Argumenten ablehnte. Ultralinke Städte wie Bern haben längst ein solches Gutscheinsystem, das funktioniert. Es gibt keinen Grund, stadt eigene Kitas aufzubauen, wenn man das System ändern kann.

Samuel Balsiger (SVP): Eine Sprecherin des Stadtrats meinte vor einigen Jahren, dass es bei den Kitas ein Überangebot gebe und es nicht die Aufgabe der Stadt sei, dieses zu finanzieren. Die Kita-Lobby übte Druck auf die Kommissionen und die linken Leute aus und der anfängliche Widerstand des Stadtrats brach ein. Das Überangebot will man mit zusätzlichen Subventionen finanzieren. Anstatt bei der Kostenseite und den Rahmenbedingungen anzusetzen und Marktwirtschaft zu ermöglichen, schiessen Sie Geld ein und erhalten die strukturellen Probleme wie den Betreuungsschlüssel und die Auflagen. Es müsste möglich sein, ein Angebot ohne staatliche Zuschüsse zu erhalten.

Yves Henz (Grüne): Ihr wollt nicht wahrhaben, dass wir die Verantwortung gegenüber den Angestellten, Eltern und Kindern annehmen. Alle im Rat wissen, dass wir dieser Verantwortung nicht mehr nachkommen können, wenn die Architektur des Normkostenmodells zusammenbricht. Wir müssen jetzt vorbereiten, was wir in einem solchen Fall für die Angestellten, den Betreuungsschlüssel und die Preise tun können.

Moritz Bögli (AL): Mehrmals hörten wir von den Rahmenbedingungen. Die bürgerliche Ratsseite tut so, als ob sich die Stadt in einem luftleeren Raum befände und selbst entscheiden könnte, wie sie die Kita-Finanzierung angeht. Die Rahmenbedingungen werden auf nationaler und kantonaler Ebene gesetzt. Dort geben Sie den Ton an und haben uns dieses System aufgezwungen. Wenn Ihnen das Anliegen wichtig wäre, würden Sie es auf kantonaler und nationaler Ebene angehen, das wollen Sie scheinbar nicht.

Samuel Balsiger (SVP): Die SVP reichte im Oktober 2025 ein Postulat ein, dass der Betreuungsschlüssel der Altersklasse bis 1,5 Jahre und von 1,5 bis 3 Jahre um je ein Kind erhöht werden soll. Bereits diese kleine Veränderung könnte viel bewirken. Ein Kind mehr in einer Gruppe zu betreuen, macht keinen grossen Unterschied. Ich erwarte Ihre Unterstützung bei diesem Postulat, denn so kann man kleinen Kitas helfen. Wenn so viele Kleinbetriebe nicht funktionieren, braucht es eine Bereinigung. Man könnte aufseiten des Staats vieles anders machen, damit der Markt besser funktioniert. Sie treiben die Kosten ständig nach oben, bis sie nicht mehr bezahlbar sind.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Die Diskussion um eine einzelne Stelle ist in eine Grundsatzdebatte ausgeartet. Nächste Woche unterhalten wir uns noch einmal über die Frage des Rekurses. Samuel Balsiger (SVP), die anderen Redner sprachen von kantonalen Vorgaben. Dort hatten wir noch nie eine linke Mehrheit. Diese kantonalen Vorgaben bestimmen, was in Kitas gilt und beaufsichtigt wird. Die drei Ziele, die wir im Bereich Kitas in



der Stadt verfolgen, sind folgende: Erstens wollen wir die Preise für die tiefen Einkommen kontrollieren können und ihnen tiefe Kita-Preise verschaffen. Zweitens wollen wir zusätzliche Qualitätsmassnahmen, die wir bereit sind, zu finanzieren. Drittens wollen wir bessere Anstellungsbedingungen und sind auch da bereit, Geld in die Hand zu nehmen. Unabhängig von diesem Rekurs werden wir ein System finden müssen, das diese drei Ziele umsetzt. Ob wir das System werden anpassen müssen, ist eine Frage der Zukunft.

S. 463	55 5560 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
095.	Antrag Stadtrat				66 870 000 Minderheit 1 230 600 N	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
				100 000	68 200 600 Mehrheit	Lara Can (SP) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Markus Haselbach (Die Mitte)
		Begründung:	Neue Stelle für den Ausbau städtischer Kitas			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 60 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 096.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Selina Walgis (Grüne): Es ist uns ein besonderes Anliegen, dass Geflüchtete eine angemessene und menschenwürdige Unterkunft bekommen. Da die Räumlichkeiten der Asylorganisation Zürich (AOZ) knapp sind, wohnen Geflüchtete meistens in Mehrbettzimmern und auf sehr begrenztem Raum. Um diese Situation gezielt verbessern zu können, fordern wir die Schaffung einer neuen Stelle für die übergeordnete Koordination und Beschaffung von zusätzlichem Wohnraum für die AOZ. Mit dieser Massnahme werden mehr personelle Ressourcen innerhalb der Verwaltung für diese Aufgabe geschaffen und die Zuständigkeiten klarer geregelt. Zurzeit ist es eine grosse Herausforderung,



genügend adäquaten Wohnraum für Geflüchtete zu finden. Das kann sich weiter zuspitzen. Mit unserem Antrag geht nicht vergessen, dass auch geflüchtete Menschen Wohnraum brauchen und man sich gezielt um die Akquisition kümmern muss.

Pärparim Avdili (FDP): Das ist ein «Mikromanagement-Antrag» der linken Ratsseite und ein indirekter Vorwurf an das SP-geführte Sozialdepartement. Auch hier scheint das einzige Rezept zu sein, eine zusätzliche Stelle zu schaffen. Ich vertraue in diesem Fall, dass STR Raphael Golta den Wohnbedarf prüfen und bei Bedarf erweitern wird.

Weitere Wortmeldungen:

Lara Can (SP): Die SP war in der technischen Enthaltung und geht mit den Grünen.

Johann Widmer (SVP): Die Schaffung von AOZ-Wohnraum wird zu immer weiterem Wohnraumbedarf führen. Wo bleiben unsere Leute, wenn sie wegen Leerkündigungen keine Wohnung in der Stadt finden? Diese Stelle soll man auf keinen Fall schaffen.

Selina Walgis (Grüne): In der Rechnungsprüfungskommission (RPK) wurde klargemacht, dass die Verwaltung diese Stelle benötigt, um weiterhin Wohnungen zu finden.

Tanja Maag (AL): Es geht um 3400 Plätze für 334 Familien. Viele Wohneinheiten und Gebäude sind Zwischennutzungen, wo sich das Umfeld sich sehr schnell ändert. Es müssen immer wieder Ersatzlösungen gefunden werden. Die Bewirtschaftung und der Unterhalt geben ebenfalls zu tun. Diese Stelle kann an dieser Schnittstelle mitwirken.

S. 434	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
096.	Antrag Stadtrat			7 310 000 91 000 N	Mehrheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
			100 000	7 501 000	Minderheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Tanja Maag (AL)
					Enthaltung	Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Schaffung einer neuen Stelle für übergeordnete Koordination und Beschaffung von neuem Wohnraum für die Asyl-Organisation Zürich (AOZ)			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:



Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 78 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 097.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Tanja Maag (AL): In der Städtischen Kollektivunterkunft (SKU) Triemli werden in den beiden Personenhäusern bis ins Jahr 2040 aufgenommene Personen und Menschen mit Fluchthintergrund untergebracht. In der Regel teilen sich zwei Personen ein Zimmer. Familien erhalten ein eigenes Zimmer. Rund zwölf Personen teilen sich eine Dusche und vierzehn Personen eine Toilette. Die Aufnahmekapazität liegt mit 300 Zimmern bei rund 680 Personen. Die aktuelle Belegung beträgt 400 Personen. Die SKU war als vorübergehender Betrieb gedacht, doch nun dauert es einiges länger. Eine längere Platzierung in dieser Kollektivunterkunft ist für den Integrationsprozess oder in Bezug auf Selbstbestimmung und Autonomie nicht optimal. Es wäre hilfreich, wenn man mit einfachen baulichen Massnahmen mehr Privatsphäre schaffen könnte. In den Antworten wurde gesagt, dass Sofortmassnahmen schwierig zu definieren seien, doch die AOZ überlege sich leichte Verbesserungen in den Räumlichkeiten. Mit diesem Betrag wollen wir den Prozess forcieren, da die Menschen länger als vorgesehen dortbleiben müssen.

Përparim Avdili (FDP): Die AOZ weiss selbst nicht, was sie dort anders machen soll, da es zu wenig Raum hat. Das kann auch mit 500 000 Franken nicht geändert werden.

Weitere Wortmeldungen:

Johann Widmer (SVP): Man sollte die jetzige Anzahl Wohnplätze einfrieren und dem Bund melden, dass wir niemanden mehr aufnehmen können, da wir voll sind.

Sven Sobernheim (GLP): Die Problematik verstehen wir, doch es ist nicht realistisch, dass dieses Geld hilft. Darum sind wir gegen den Antrag.

S. 435	55 5500 3634 00 100	SOZIALDEPARTEMENT				
		Sozialdepartement Departementssekretariat				
		Beiträge an AOZ für Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
097.	Antrag Stadtrat			56 331 700 -9 664 900 N	Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Markus Haselbach (Die Mitte), Johann Widmer (SVP)



28 / 45

500 000	47 166 800	Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Enthaltung	Präsidium Sven Sobern- heim (GLP)

Begründung: Wohninfrastruktur in den Städtischen Kollektivunterkünften (SKU) Standort Triemli mit baulichen Anpassungen oder Zimmerausstattungen wo möglich anpassen, um Privatsphäre und selbstständigeres Wohnen zu fördern

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Luca Maggi (Grüne) stellt den Ordnungsantrag auf plangemässe Beendigung der Sitzung um 23.30 Uhr.

Der Rat lehnt den Ordnungsantrag mit 51 gegen 59 Stimmen (bei 3 Enthaltungen) ab.

Antrag 098.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Tamara Bosshardt (SP): Der Verein infoSakta wurde im Jahr 1990 auf Initiative des Gemeinderats gegründet. Seit über 30 Jahren bietet er eine professionelle und politisch unabhängige Beratung und Aufklärungsarbeit zu sektenhaften Strukturen, Gemeinschaften und Verschwörungsglauben an. In den Jahren 2019–2023 bewegten sich die jährlichen Anfragen an infoSakta auf einem ähnlichen Niveau. Der Vorsteher des Sozialdepartements sah darum bei der Bewilligung der Beiträge für die Jahre 2025–2028 keine Beitragserhöhung vor. Der letzte Jahresbericht von infoSakta zeigt aber deutlich, dass die Beratungstätigkeit über die letzten Jahre komplexer wurde und die Anfragen an den Verein sprunghaft angestiegen sind. Leider nimmt die gezielte Streuung von Desinformation und die rasante Verbreitung von Verschwörungsglauben zu. Es ist darum nicht damit zu rechnen, dass der Beratungsbedarf in den nächsten Jahren abnimmt. Damit infoSakta weiterhin wirksam beraten und vermehrt präventive Arbeit und öffentliche Aufklärung leisten kann, beantragt die Mehrheit eine Erhöhung auf 45 000 Franken.

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Beratungsstelle infoSakta wird nicht nur von der Stadt unterstützt, sondern finanziert sich zusätzlich mit Spenden und Subventionen der Kantone Zürich und St. Gallen. Die Subventionen werden jeweils für vier Jahre festgelegt. Jetzt sind wir in der Phase der Jahre 2025–2028. Mit der Stadt findet ein jährlicher



Austausch statt. Die Reportingzahlen zeigten, dass in den letzten Jahren bei Beratung und Information keine markante Zunahme festgestellt wurde. Darum hat infoSakta keine Erhöhung beantragt. In der letzten Vorlage floss keine Erhöhung ein. Ob der Beitrag für die nächste Vierjahresperiode erhöht wird, ist von den Entwicklungen abhängig, dem Antrag der infoSakta und von den Verhandlungen Ende 2027. Die Minderheit ist der Meinung, dass der Gemeinderat nicht eingreifen muss. Es soll weiterhin so laufen, dass ein Subventionsempfänger notwendige Erhöhungen beantragt und die Stadt je nach Beurteilung zustimmt. Darum unterstützen wir den Antrag des Stadtrats.

S. 436	55 5500 3636 00 103	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an infoSakta				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat				31 600 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Johann Widmer (SVP)
				15 000	46 600 Mehrheit	Lara Can (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pérparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		Begründung:	Der städtische Beitrag an infoSakta ist seit dem Jahr 2018 unverändert, obwohl die Fallzahlen und die Komplexität der Anfragen stark gestiegen sind. Eine ZHAW-Studie zeigt zudem, dass der Beratungsbedarf weiter zunimmt und die Stadt Zürich vor der Frage steht, wie Überlastungen künftig verhindert werden können. Um weiterhin wirksam beraten und präventiv arbeiten zu können, braucht infoSakta daher eine Erhöhung des städtischen Beitrags.			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 099.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Anna-Béatrice Schmaltz (Grüne): Der Geldtopf für Projekte gegen Gewalt an Frauen und Kindern soll erhöht werden. Geschlechtsspezifische Gewalt ist leider Alltag und



kann tödlich sein. Hier geht es konkret um Projekte, die in den meisten Fällen Betroffenen von häuslicher Gewalt zugutekommen. Das kann Unterstützung für mehr Barrierefreiheit in einer Opferberatungsstelle sein oder für Kinder, die in einem Frauenhaus leben. Mit der Unterstützung des Antrags können wir real bewirken, dass Gewaltbetroffene adäquate Unterstützung erhalten, um in ein gewaltfreies Leben überzutreten.

Johann Widmer (SVP): Wir gehen mit dem Stadtrat. Selbstverständlich finden wir jede Form von Gewalt und insbesondere die Gewalt an Frauen schlimm und dafür braucht es gewisse Institutionen. In der Budgetdebatte wurden aber schon an vielen Orten Gelder gesprochen, die in dieses Thema hineingehen. Dass für irgendwelche Projekte weitere 30 000 Franken gespendet werden sollen, ist übertrieben und an der Realität vorbei.

Weitere Wortmeldung:

Lara Can (SP): Nach der Debatte in Bundesbern vorgestern, bei der die rechte Ratsseite Gelder für den Schutz von Frauen streichen wollte, wurde in aller Deutlichkeit klar, dass die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen für die Bevölkerung die höchste Priorität hat. In diesem Parlament braucht es – dank der linken Mehrheit – glücklicherweise nicht den Druck von fast 450 000 Menschen, damit genug Gelder budgetiert werden.

S. 437	55 5500 3636 00 134	SOZIALDEPARTEMENT				
		Sozialdepartement Departementssekretariat				
		Beiträge für Projekte gegen Gewalt an Frauen und Kindern				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
099.	Antrag Stadtrat			99 200	Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat, Markus Haselbach (Die Mitte)
			30 000	129 200	Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vize- präsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Florian Utz (SP)
		Begründung: Gewalt an Frauen ist ein grosses Problem, weshalb mehr Projekte unterstützt werden sollen.				

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 19 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



31 / 45

Antrag 100.

Kommissionsreferat:

Leah Heuri (SP): Die Jugendkonferenz hat sich in den letzten Jahren als wertvolles Format etabliert. Sie ermöglicht Jugendlichen, Debatten realitätsnah mitzuerleben und eigene Anliegen einzubringen. Technisch stösst sie an Grenzen. Das Abstimmungs- und Rednerlistentool ist nicht für das Jugendkonferenzprogramm eingerichtet. Daher wollen wir eine einmalige Ausgabe zur Anpassung des Abstimmungstools budgetieren, um diese Lücke zu schliessen. Die Jugendlichen erhalten damit dasselbe Tool wie wir.

S. 439	55 5500 3636 00 266	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Kinder- und Jugendpartizipation				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
100.	Antrag Stadtrat				168 000	
				3 000	171 000	Zustimmung Leah Heuri (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Programmierung des Abstimmungstools für die Jugendkonferenz, sodass die Jugendlichen dieselben Funktionen nutzen können wie der Gemeinderat			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der RPK:

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 117 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 101.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Das Konto «Beiträge an weitere soziokulturelle Organisationen» wurde vom Jahr 2025 auf das Jahr 2026 stark von 1,9 Millionen Franken auf 3,3 Millionen Franken erhöht. Davon sind 1,2 Millionen Franken für Projekte für Digitali-



tät in der Soziokultur und 0,2 Millionen Franken für neue Projekte im Bereich Soziokultur. Dieser Erhöhung stimmen wir zu, denn damit kann man weitere Projekte umsetzen und das Sozialdepartement kann flexibel auf Entwicklungen und Bedarf reagieren. Bei Projekten für Digitalität in der Soziokultur empfinden wir die Erhöhung als zu viel und möchten sie auf 1 Million Franken begrenzen. Das reicht für diese Projekte bei weitem.

Lara Can (SP): Der Stadtrat legte in der Beratung dar, dass mit der Streichung dieser 200 000 Franken im nächsten Jahr keine weiteren Projekte wie bspw. die Themengebiete Alter oder Nachbarschaftsentwicklung umgesetzt werden könnten. Mit dem Starthilfekredit wurden in der Vergangenheit zahlreiche soziokulturelle Initiativen unterstützt. Die Kommissionsmehrheit folgt dem Antrag des Stadtrats und ist gegen die Streichung.

S. 440	55	SOZIALDEPARTEMENT			
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat			
	3636 00 300	Beiträge an weitere soziokulturelle Organisationen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
101.	Antrag Stadtrat			3 346 800 Mehrheit	Lara Can (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		200 000		3 146 800 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Erhöhung Starthilfekredit Innovation wegen Projekten für Digitalität in der Soziokultur von 1.2 Millionen auf 1 Million Franken reduzieren		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 102.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Die Löhne im Support Sozialdepartement sahen eine rasante Steigerung von der Rechnung 2024 zum Budget 2026: von 17 Millionen Franken auf 21 Millionen Franken. Für die Minderheit ist das zu viel. Der Stellenplan zeigt 5,5 Stellen mehr, obwohl die Abteilung Finanzen Arbeiten abgeben konnte und zwei Stellen strich. Die starken Zunahmen sind in den Abteilungen Human Resources (HR)



und Informatik: 3 und 3,5 Stellen. Mit dem Antrag reduzieren wir die Zunahme auf 2 und 2,5 Stellen. Zusammengefasst soll der neue Stellenplan um 2 Stellen gekürzt werden.

Tanja Maag (AL): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist der Meinung, dass diesem willkürlichen Antrag nicht zugestimmt werden soll.

S. 444	55 5510 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
102.	Antrag Stadtrat				21 186 800 Mehrheit 200 500 N	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			200 000		21 187 300 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
			Begründung: Streichung je einer Stelle für Personal und Informatik			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 103.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Im Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV (AZL) sind 9,2 Stellenwerte mehr vorgesehen. Die meisten davon bestreiten wir nicht. Es gibt ein Team, das dem Nichtbezug von Ergänzungsleistungen (EL) mittels Beratung und Informationsvermittlung entgegenwirkt. Dieses Team soll vergrössert werden. Das kann man teilweise mit der Bevölkerungszunahme erklären. Die beantragten zusätzlichen 2,6 Stellen scheinen uns aber zu viel. Die Aufgabe bleibt im Prinzip dieselbe und die Informationen sind bereits verständlich. Die Minderheit beantragt, eine Stelle zu streichen.

Tanja Maag (AL): Das AZL beantragt personelle Ressourcen für Informations- und Beratungsleistungen, damit die Personen, die EL zugute haben, diese erhalten. Die Die Mitte möchte hier auf eine Stelle verzichten. Bei der Taxe für Gesundheitszentren für das Alter befürwortete sie den Anstieg mit der Begründung, dass Bewohnende EL beziehen können. Auf der anderen Seite verhindert sie nun Information für ebendas.



Weitere Wortmeldung:

Lara Can (SP): Eine Studie des Bundes bestätigt, dass das Vorgehen der Stadt Zürich dringend nötig ist. Informationen über den EL-Anspruch in der Schweiz könnten deutlich verbessert werden. In dieser Studie wird die Herangehensweise der Stadt explizit als gutes Beispiel genannt. Hervorgehoben wird, dass die Informationen in einfacher Sprache und in verschiedenen Fremdsprachen zugänglich sind. Statt eine benötigte Stelle zu streichen, könnten wir uns stolz zeigen, dass die Stadt als «Best Practice» vorangeht.

S. 447	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
103.	Antrag Stadtrat			15 544 700	Mehrheit	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		100 000		15 444 700	Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	1,6 statt 2,6 Stellen für «Beratungen und Informationsvermittlung, um dem Nichtbezug von Ergänzungsleistungen entgegenzuwirken»			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 104.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Markus Haselbach (Die Mitte): Bei den Sozialen Diensten sind zwei Stellen mehr für die Mütter- und Väterberatung, das Hausbesuchsprogramm sowie zur Beratung von Eltern im Rahmen von Rückstellungsgesuchen und Kindergartenanmeldungen vorgesehen. Seit dem Jahr 2022 haben wir deutlich tiefere Geburtenzahlen – auch in der Stadt Zürich. Im Jahr 2026 gibt es darum weniger vierjährige und jüngere Kinder. Daher gibt es weniger Eltern, die sich Gedanken über die Kindergartenanmeldung und Rückstellungsgesuche machen. Somit sehen wir keinen höheren Beratungsaufwand. Selbst



wenn sich prozentual mehr Eltern beraten liessen, würde das durch die Reduktion der Anzahl Eltern kompensiert. Wir lehnen beide zusätzlichen Stellen ab.

Lara Can (SP): Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist der Meinung, dass die zusätzlich budgetierten Stellen für die Mütter- und Väterberatung gesprochen werden sollen. Die Elternberatung ist ein wichtiges Angebot, das Eltern mit verschiedensten sozioökonomischen Hintergründen und Lebenssituationen eine kompetente Unterstützung und Beratung bietet. Sie leistet mit ihren Gruppenangeboten bspw. einen aktiven Beitrag gegen die Isolation von Eltern mit kleinen Kindern. Mit der Mehrsprachigkeit spricht sie ein breites Publikum an. Für Kinder aus schwierigen Wohnverhältnissen bieten die Bewegungsräume die Möglichkeit, sich wie andere privilegiertere Kinder frei zu bewegen. Daher sind wir für eine Stärkung dieses wertvollen Angebots.

S. 458	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
104.	Antrag Stadtrat				89 817 700 Mehrheit 334 000 N	Lara Can (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
			290 000		89 861 700 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Aufgrund der tiefen Geburtenzahlen seit dem Jahr 2022 keine zusätzlichen Stellen für Mütter- und Väterberatung für Hausbesuchsprogramm sowie Beratung von Eltern im Rahmen von Rückstellungsgesuchen Kindergartenanmeldung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 44 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 105.

S. 463 **55**
5560
3010 00 000

SOZIALDEPARTEMENT
Soziale Einrichtungen und Betriebe
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
105.	Antrag Stadtrat			66 870 000 Mehrheit 1 230 600 N	Tanja Maag (AL) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		650 000		67 450 600 Minderheit	Markus Haselbach (Die Mitte) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Pärparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Halbierung der Stellenschaffung für die Umsetzung der Qualitätsmassnahme einer zusätzlichen Fachperson Betreuung pro Kitagruppe im Geschäftsbereich «Kinderbetreuung», weil aufgrund der geringeren Nachfrage im Zusammenhang mit tieferen Geburtenzahlen eine Reduzierung der Kitaplätze angezeigt ist			

Markus Haselbach (Die Mitte) zieht den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag des Stadtrats zugestimmt.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 106. bis 108. (Postulat GR Nr. 2025/575)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marita Verballi (FDP) begründen den Antrag der Minderheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 5505/2025): Im neuen Drogenkonsum- und Triageraum soll die Triage gestärkt werden. Daher soll für die Triage eine Stelle mehr, für die Betreuung eine Stelle weniger gesprochen werden. An der Gesamtzahl der Stellen ändert sich nichts. Mit dem Begleitpostulat wollen wir wissen, ob das Angebot die gewünschten Effekte bringt – ob sich die Situation rund um die offene Drogenszene wirklich verbessert.

Lara Can (SP) begründet den Antrag der Mehrheit und stellt namens der SP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist nicht der Meinung, dass man so kurz nach der Inbetriebnahme des Raums für Konsum und Triage die Betreuung reduzieren soll. Das hätte potenziell gravierende Folgen: Menschen mit Suchterkrankungen erhielten weniger direkte Betreuung in der Stadt Zürich. Die FDP möchte, dass ein grösserer Fokus darauf gelegt wird,



dass die Personen an ihre Wohngemeinde vermittelt werden. Hier liegt das ursprüngliche Problem: Menschen kann man nicht verbieten, sich in der Stadt aufzuhalten. Gerade für Suchtkranke gibt es in den meisten Gemeinden kein Angebot, das auf sie zugeschnitten wäre oder wo sie an einem geschützten Rückzugsort konsumieren könnten. Daher ist klar: Die Betreuung ist ein integraler Bestandteil des neuen Raums und kann nicht gekürzt werden. Zum Postulat: Das Sozialdepartement hat bereits angekündigt, dass diese Evaluation durchgeführt werden soll, daher ist das Postulat nicht nötig.

Weitere Wortmeldungen:

Moritz Bögli (AL): Diese Anträge lehnen wir dezidiert ab. Wenige Wochen nach der Einführung des Betriebs das Konzept zu ändern, ist nicht sinnvoll.

Ronny Siev (GLP): Ich schliesse mich dem an. Im Oktober 2025 wurde der Raum eingeführt. Er soll eine gewisse Zeit laufen und sich entwickeln können. Dann können wir schauen, ob es Anpassungen braucht. Wir lehnen die Anträge und das Postulat ab.

S. 463	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
106.	Antrag Stadtrat			66 870 000 1 230 600 N	Mehrheit	Lara Can (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
		100 000		68 000 600	Minderheit	Përparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung: Betreuung reduzieren und dafür Triagierung stärken im «Raum für Konsum und Triage» an der Bederstrasse 130				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Antrag 107.

Wortmeldungen siehe Antrag 106.

S. 465	55 5560 3910 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Einrichtungen und Betriebe Interne Verrechnung von Dienstleistungen	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				4 164 100 Mehrheit 396 600 N	Lara Can (SP) Referat, Präsidium Sven Sobernheim (GLP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
				100 000	4 660 700 Minderheit	Pärparim Avdili (FDP) Referat, Vizepräsidium Martin Bürki (FDP), Johann Widmer (SVP)
		Begründung:	Betreuung reduzieren und dafür Triagierung stärken im «Raum für Konsum und Triage» an der Bederstrasse 130			

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Minderheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Detailberatung ist abgeschlossen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich greife etwas vor und spreche in der Annahme, dass der Steuerfuss gleichbleibt. Ich verkünde Ihnen das Ergebnis: Sie haben einen ursprünglichen Aufwandsüberschuss von 377,8 Millionen Franken um 55,8 Millionen Franken auf 322 Millionen Franken verbessert. Verbesserung bedeutet aber immer noch, dass wir tief in den roten Zahlen sind. Die Investitionsrechnung wurde von 1,789 Milliarden Franken auf 1,7984 Milliarden Franken verschlechtert. Im Finanzvermögen haben Sie die ursprünglich budgetierten 478,2 Millionen Franken auf 578,2 Millionen Franken angepasst.*



39 / 45

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Përparim Avdili (FDP); Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsmehrheit / -minderheit Schlussabstimmung Dispositivziffer 2:

Sven Sobernheim (GLP): *Im Budget und der Gesamtverwaltung haben wir rund 30 Millionen Franken für Spontanprämien und den Teuerungsausgleich budgetiert. Der Stadtrat hat gemäss Gemeindegesetz nicht die Kompetenz, das in der gesamten Verwaltung zu verteilen. Mit dieser Dispositivziffer geben wir dem Stadtrat die Kompetenz, das gemäss dem Reglement und seinen Vorgaben zu verteilen. Das ist eine reine Formalität.*

Johann Widmer (SVP): *Wir schwenken zur Mehrheit, da es nur ein Übertrag ist.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 121 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.



Kommissionsmehrheit Änderungsanträge 1–2 und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Florian Utz (SP): Die Menschen unserer Stadt erleben eine Krise der Lebenshaltungskosten: Miete, Krankenkasse, Öffentlicher Verkehr (ÖV) – alles wird teurer. Gleichzeitig steigen die Löhne kaum. Grund dafür ist die Berechnung der Teuerungsrate. Offiziell beträgt die Teuerung momentan 0,2 Prozent. Wer daran glaubt, lebt zwischen Mond und Mars. Die Mieten stiegen in den letzten zwei Jahren um 12 Prozent, die Krankenkassenprämien um jährlich 5 Prozent. Alles wird teurer ausser die Steuerrechnung. Der Steuerfuss unserer Stadt ist seit mehr als 25 Jahren derselbe. Das ist gut so. Besonders ärmere Menschen und der Mittelstand brauchen dringend eine Entlastung: mittels einer städtischen Prämienverbilligung, dem 365-Franken-Abo und weiterem. Steuerfussensenkungen bringen dem Mittelstand nichts. Mediansteuerzahler und -zahlerinnen würden pro Prozentpunkt Steuersenkung durchschnittlich 18,72 Franken sparen. Im Verheiratemantentarif sind es 21,23 Franken. Das ist ein Tropfen auf dem heissen Stein. Gleichzeitig verhindert eine Steuerfussenkung die Finanzierung dringend notwendiger Entlastungen des Mittelstands und schadet den normalen Zürcher*innen viel mehr, als sie ihnen nützt.

Kommmissionsminderheit 1 Änderungsanträge 1–2 und Schlussabstimmung zu Dispositivziffer 3:

Sven Sobernheim (GLP): Eine Steuersenkung um drei Prozentpunkte bedeutet 60 Millionen Franken, die wir der Bevölkerung weniger wegnehmen. Sie entlastet alle in dieser Stadt: natürliche und juristische Personen gleich. Der Tages-Anzeiger hat in der kantonalen Debatte ausgerechnet, was eine solche Steuersenkung bedeutet. Die SP hat in ihrer Medienmitteilung vor der Budgetdebatte gesagt, dass die UBS 6 Millionen Franken weniger Steuern zahlen würde, doch der Tagesanzeiger rechnet mit 2,1 Millionen Franken. In diesem Sinn würde ich die Zahlen, die Florian Utz (SP) nannte, infrage stellen. Wenn man stolz darauf ist, schon ewig nichts mehr am Steuersatz verändert zu haben, frage ich mich, ob man eine solch bewahrende Partei sein will. Es ist wichtig, nicht jedes Jahr rauf- und runterzugehen, doch den von uns vorgeschlagenen Steuersatz könnten wir uns die nächsten 10 Jahre leisten. Wenn Ihr fragt, wie man gleichzeitig einen Investitionszielwert und eine Steuersenkung verlangen kann, muss ich sagen: Die Grössenordnungen, die wir beim Investitionszielwert beachten müssen, sind im Vergleich zu einer Steuersenkung lächerlich. Die Bevölkerung hat das 365-Franken-Abonnement und die kommunale Prämienverbilligung gegen unseren Willen angenommen. Ich glaube, das ist ein Zeichen, dass sie generell eine Entlastung will. Eine Steuersenkung wäre das genauso. Senken Sie den Steuersatz auf 116 Prozent, da wir es uns leisten können.

Kommmissionsminderheit 2 Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 3:

Johann Widmer (SVP): Wenn ihr sagt, dass alles teurer wird, soll zumindest die Steuerrechnung leicht sinken. Wir haben hier ein Problem des Ausgabenrauschs. Die linken und grünen Politiker haben wieder gezeigt, wie gut sie Geld ausgeben können, das



ihnen nicht gehört. Da hilft nur eins: Nehmt ihnen das Geld weg, dann haben sie weniger zum Ausgeben. Wir hörten, dass man für 80 Millionen Franken eine Volksdividende ausschütten möchte. Das ist keine schlaue Idee. Senken wir lieber die Steuern um 7 Prozent. Das macht etwa 140 Millionen Franken aus. Dass man mit den Steuereinnahmen die horrenden Investitionen decken könnte, ist ein Märchen. Wir wollen 7 Prozent, behalten uns aber vor, zur Minderheit 1 zu schwenken, wenn wir chancenlos sind.

Weitere Wortmeldungen:

Tanja Maag (AL): Mit einem Verbleiben auf dem Steuerfuss von 119 Prozent lässt sich der Aufwand des Jahres 2026 knapp decken. Das macht absolut Sinn. Was der Kanton entscheidet, wissen wir noch nicht. Das hat Einfluss auf die Stadt. Aus dem Steuersubstrat müssen wir zukünftig die Mittelstandskonsumsubventionen mittragen. Ich wähle die Volksdividende. Der Bonus des Elektrizitätswerks (ewz) soll einmalig ausgeschüttet werden, aber unsere Ausgaben sollen mit konstanten Steuereinnahmen getragen werden.

Felix Moser (Grüne): Die Grünen sind schuld daran, dass die Stadt bezahlbar, ökologisch und solidarisch ist. Dafür stellten wir in diesem Budget diverse Anträge, die durchgekommen sind. Um all das zu finanzieren, liegt der Steuerfuss bei 119 Prozent richtig.

Martina Zürcher (FDP): Von Links-Grün heisst es immer, dass eine Steuerfusssenkung nur den Reichen helfen würde. Das ist mathematisch falsch. Von einer Steuerfusssenkung profitieren alle, die in der Stadt Steuern zahlen – und zwar mit gleichem prozentualen Anteil. Es ist auch wirtschaftlich, gesellschaftlich und sozial eine kurzfristige Denkweise und zeigt, dass die Finanzpolitik der rot-grünen Gemeinderatsmehrheit einen Horizont hat, der nicht weiter als ein Jahr geht. Die Einkommenssteuereinnahmen der natürlichen Personen betragen rund 1,3 Milliarden Franken. Gut die Hälfte davon kommt von rund 22 000 Personen, also weniger als 10 Prozent der Steuerpflichtigen. Wenn die Hälfte der einkommensstärksten 10 Prozent wegzieht, weil sie an einem anderen Ort weniger Steuern zahlt, müssten die übrigen 95 Prozent der Steuerpflichtigen die verlorenen Steuern übernehmen. Das bedeutet, dass alle für die gleichen städtischen Leistungen mehr bezahlen müssen, insbesondere der Mittelstand. Darum ist es wichtig, die guten Steuerzahlenden in der Stadt zu halten, indem wir die Steuern real nicht erhöhen.

Dr. Florian Blättler (SP): Als Denkanstoss: Johann Widmer (SVP) meinte heute, dass wir alle Geld mit der Giesskanne verteilen, egal ob wir das wollen, brauchen oder nötig haben. Wir klauten Geld vom Volk und verteilten Geschenke als Wahlkampfakt.

Karin Weyermann (Die Mitte): Wenn die guten Steuerzahler wegziehen, haben wir das Geschenk. Dann reichen 119 Prozent nicht mehr. Momentan haben wir noch knapp die Möglichkeit, den Steuersatz zu senken. In den letzten Jahren haben wir immer viel besser abgeschlossen. Das nutzt ihr, um eure Abstimmungen zu gewinnen. Wir wollen denen, die dazu beitragen, dass ihr diese Geschenke finanzieren könnt, etwas zurückgeben. Die Die Mitte/EVP unterstützt den Antrag auf die Steuersenkung um 3 Prozent.



Michael Schmid (AL): Immer wieder wurde die Drohung aufgebracht, dass reiche Steuerzahler wegziehen würden, wenn der Steuerfuss gleichbliebe. In der Realität passiert das Gegenteil: Immer mehr reiche Steuerzahler ziehen in die Stadt. Offenbar gibt es hier andere Qualitäten. Natürlich kann man sich teure Mieten leisten, wenn man viel Steuern zahlt. Daher wäre es eine gute Lenkungsmassnahme, den Steuersatz zu erhöhen, um die Stadt für Reiche weniger attraktiv zu machen und die Mieten zu senken.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Zunächst ein Dank an die Mitarbeitenden der Finanzverwaltung, die bis zum Schluss ausharren. Zum Drama, dass die Steuerzahlenden wegziehen würden: Sie kennen die Zahlen. Jedes Jahr verzeichnen wir mehr sehr gute Steuerzahlende – in allen Kategorien, besonders in der Gruppe mit mehr als 500 000 Franken steuerbarem Einkommen. Von Wegzug kann keine Rede sein. Ich möchte Johann Widmer (SVP) zitieren: «Wir brauchen jeden Franken, damit wir noch kreditwürdig sind bei den Banken».

Änderungsanträge 1–2 zu Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung der nachfolgenden Änderungsanträge.

Die Minderheit 1 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2026 werden auf 119116 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Die Minderheit 2 der RPK beantragt folgende Änderung der Dispositivziffer 3:

3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2026 werden auf 119112 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Mehrheit:	Referat: Florian Utz (SP); Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)
Minderheit 1:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP)
Minderheit 2:	Referat: Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Markus Haselbach (Die Mitte)

Abstimmung gemäss Art. 209 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(119 Prozent)	64 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(116 Prozent)	60 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(112 Prozent)	<u>0 Stimmen</u>



43 / 45

Total	124 Stimmen
= absolutes Mehr	63 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 3

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 3.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 3.

Mehrheit:	Referat: Florian Utz (SP); Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne)
Minderheit:	Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)
Enthaltung:	Markus Haselbach (Die Mitte)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 65 gegen 59 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Kommissionsreferat Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 4a–4b:

Sven Sobernheim (GLP): *Die Rechnungsprüfungskommission (RPK) hat sich Anfang des Jahres damit befasst, dass wir die Steuerungsgrössen, also wie die Entwicklung der Globalbudgets gesteuert werden soll, nur für ein Jahr sehen. Deshalb ist keine Entwicklung sichtbar. Im Austausch mit dem Stadtrat kamen wir zur Lösung, dass der Stadtrat bei jedem Globalbudget eine Einschätzung vornimmt, wie die Entwicklung über die nächsten Jahre zu erwarten ist. Die Umsetzung erfolgte bereits in diesem Budget, doch die gesetzlichen Grundlagen müssen noch angepasst werden. Die einstimmige RPK empfiehlt Ihnen, der Dispositivziffer zuzustimmen, damit das Festhalten der Entwicklung der Globalbudgets verpflichtend wird. Diese Massnahme hat sich bereits bewährt.*

Redaktionslesung

Die Redaktionskommission (RedK) beantragt einstimmig Zustimmung zur redaktionellen Bereinigung des Dispositivs des Stadtrats vom 10. September 2025:

Zustimmung:	Referat: Matthias Renggli (SP), Präsidium; Moritz Bögli (AL), Dr. Bernhard im Oberdorf (Parteilos), Simon Kälin-Werth (Grüne), Frank-Elmar Linxweiler (GLP), Roger Meier (FDP), Marcel Tobler (SP), Karin Weyermann (Die Mitte)
-------------	---

Das Präsidium der Redaktionskommission begründet die Anträge der Redaktionskommission.



Matthias Renggli (SP): *Die Redaktionskommission hat die Lesung auf den 14. November 2025 vorgezogen, damit wir das Budget heute verabschieden können. Der Text liegt Ihnen unverändert vor, da keine Änderungen durchgeführt wurden.*

Es werden keine Anträge aus dem Rat gestellt.

Der Rat stimmt dem bereinigten Antrag der RedK stillschweigend zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 4a–4b

Die RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 4a–4b.

Zustimmung: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Lara Can (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 121 gegen 1 Stimme (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist beschlossen:

Unter Ausschluss des Referendums:

- 1a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.
- 1b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2026 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 29 393 100.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2026 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2026 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.



45 / 45

Dem Referendum unterliegend:

4a. Die Globalbudgetverordnung (GBVO, AS 611.102) wird wie folgt geändert:

- | | |
|------------------|--|
| Informationsteil | Art. 7 ¹ Der Informationsteil für jede Produktgruppe enthält: |
| | a. einen Kommentar zu Veränderungen und erwarteten Entwicklungen; |
| | lit. b und c unverändert. |
| | a. eine Beschreibung allfälliger ausserordentlicher Massnahmen. |
| | Abs. 2 unverändert. |

4b. Diese Änderung tritt am 1. Januar 2026 in Kraft.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 24. Dezember 2025 gemäss Art. 37 sowie Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat